

Anhang zum Offenen Brief am BM Julia Klöckner – Tabakwerbeverbot

- Süddeutsche Zeitung 2017 [1]:
32 Mal waren Vertreter der Tabakindustrie in den vergangenen drei Jahren in Bundesministerien zu Gast, wie eine kleine Anfrage der Linkspartei ergeben hat.
[Faktum: Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 2017 übermittelt].
- Deutsches Ärzteblatt 2019 [4]:
Es soll aber weitere Ausnahmen geben. Erlaubt bleibt zum Beispiel die Werbung in Geschäftsräumen des Tabakhandels oder das Sponsoring nationaler Veranstaltungen.
Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) hatte vor der Abstimmung eingeräumt, dass die Angelegenheit in der Union kontrovers diskutiert werde.
[Faktum: Das Abstimmungsergebnis ergab 46 Nein-Stimmen von 246 Abgeordneten [6]].
Es bringe aber nichts, ein Thema „liegenzulassen“.
[Faktum: Trotz Übereinkunft mit der WHO wurde ein Gesetzentwurf seit 2010 nicht auf die Tagesordnung gesetzt [1]].
Die FDP warnte vor „bevormundender Symbolpolitik mit falschen Nebenwirkungen“.
[Faktum: In Nordrhein-Westfalen warb die CDU im Wahlkampf für einen „Nichtraucherschutz ohne Bevormundung“. In Europa ist die Präsenz von 330 000 Zigarettenselbstautomaten in Deutschland einmalig [1]].
SPD, Grüne, Bundesdrogenbeauftragte – und Ärzte – begrüßten im Grundsatz, dass sich die Union beim Thema bewegt.
- Süddeutsche Zeitung 2019 [6]:
Die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU beschlossen ein „Positionspapier“ zum „Verbraucher- und Gesundheitsschutz bei Tabakprodukten und E-Zigaretten“. Darin heißt es, der Konsum von Tabak sei „das bedeutendste vermeidbare Gesundheitsrisiko unserer Zeit“.
Im Jahr 2016 hatte das Bundeskabinett zwar einen Gesetzentwurf gebilligt, der vorsah, von Mitte 2020 an Tabakwerbung auf Plakatwänden ganz und im Kino weitgehend zu verbieten. Der Gesetzentwurf wurde dann aber wegen des Widerstands der Union nie vom Bundestag beschlossen. Prominentester Gegner war der damalige Fraktionschef Volker Kauder.
- Tagesschau 2019 [7]: Das Kabinett stimmte 2016 zwar für einen Entwurf des [damaligen] Ernährungsministeriums, das Gesetz wurde im Bundestag aber nie beschlossen.
[Fakten: Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (kurz BMEL) wurde 2001 in „Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft“ umbenannt. Durch Organisationserlass des Bundeskanzleramts wurde 2005 aus dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft das „Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ gebildet. Der 2014 von diesem Bundesministerium gegründete, neunköpfige Sachverständigenrat für Verbraucherfragen berät auch das Ernährungsressort des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ist eine zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gehörende Bundesoberbehörde mit Hauptsitz in Braunschweig und Dienststelle in Berlin].
- Allgemeine Zeitung Mainz 2020 [8]:
Die europäischen Krebsgesellschaften haben Deutschland mit Blick auf die Tabakkontrolle ein Armutszeugnis ausgestellt. Die Bundesrepublik landete im Ranking von 36 Staaten auf dem letzten Platz, wenn es zum Beispiel um Rauch- und Werbeverbote oder Tabaksteuern geht.

Literatur

1. Süddeutsche Zeitung: 31.05.2017
2. Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND): 28.06.2019
3. Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND): 11.07.2019
4. Deutsches Ärzteblatt 116: 51-52: 23.12.2019
5. Süddeutsche Zeitung: 29.02.2020
6. Süddeutsche Zeitung: 11.12.2019
7. Tagesschau: 10.12.2019
8. Allgemeine Zeitung Mainz: 24.02.2020